

TRIBÜNE

Die Digitalisierung und die soziale Frage

Gastkommentar
von KURT PÄRLI

In einem Bericht hat der Bundesrat unlängst die Bedeutung attraktiver wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft behandelt. Durch unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung und die Gewährung des unternehmerischen Spielraums könnten Unternehmen die Chancen der Digitalisierung nutzen. Der digitale Wandel dürfe nicht durch vorschnelle Regulierung beeinträchtigt werden. Innovation solle nicht behindert oder herkömmliche Geschäftsmodelle bevorzugt werden. «Freie Fahrt für die digitale Wirtschaft», titelte die Presse nach Erscheinen des Berichtes. In die gleiche Richtung zielen auch politische Vorstösse, die einen Abbau bestehender Regulierung verlangen, namentlich im Taxigewerbe.

Flankiert werden solche politische Vorstösse durch vereinzelte Stimmen in der wirtschaftsnahen Wissenschaft, die den Ersatz staatlicher Regulierungen zum Schutze von Sicherheit und Gesundheit durch «Kundenbewertungs- und Monitorsysteme» als Form der Selbstregulierung propagieren, so etwa Andreas Abegg in einem Gastbeitrag (NZZ 3. 1. 17).

Der Bundesrat will ein positives Umfeld für die digitale Wirtschaft. Zu den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zählt er namentlich die unternehmerische Freiheit, die Rechtssicherheit, eine moderate Steuerbelastung und eine hohe Lebensqualität. Nur wenig Raum wird im Bericht aber der Bedeutung gut ausgebauter Sozialversicherungen, einem angemessenen Arbeitnehmerschutz sowie der etablierten und weitgehend gut funktionierenden Sozialpartnerschaft zugemessen.

All dies sind aber elementare Bestandteile des sozialen Friedens und eine wichtige Grundlage einer funktionierenden Marktwirtschaft. Die schweizerische Wirtschaft steht nicht nur auf dem Boden der Wirtschaftsfreiheit. In der Bundesverfassung sind Wirtschaftsfreiheit und Sozialschutz gleichrangig, und zwischen «Wirtschaftsverfassung» und «Sozialverfassung» besteht eine Wechselwirkung. Soziale Absicherung und Arbeitnehmerschutz bilden eine Voraussetzung für den sozialen Frieden und auch für die langfristige Erhaltung der Kaufkraft; beide Faktoren sind für eine florierende Wirtschaft unumgänglich.

Im bundesrätlichen Digitalisierungsbericht werden die Probleme und möglichen Nachteile der Digitalisierung zwar erwähnt. Es sei wichtig, die Verlierer des Wandels nicht aus den Augen zu verlieren. Zu beleuchten wären aber Zusammenhänge zwischen der möglichen Erosion der sozialen Sicherheit und den als «innovativ» begrüßten Internetplattformen. Notwendig wären weiter fundierte Überlegungen zur Frage, wie Sozialschutz und Arbeitnehmerschutz in digitalen Zeiten gesichert werden sollen. Die Auswirkungen einer möglicherweise zunehmenden Auslagerung von Geschäftsbereichen aus den Firmen hin zu Internetplatfor-

men auf die Finanzierung der Sozialwerke müssen diskutiert werden. Auch der unterschiedliche soziale Schutz von Selbständigerwerbenden im Vergleich zu Unselbständigerwerbenden und die Folgen einer fehlenden obligatorischen Absicherung von Selbständigerwerbenden bei Arbeitslosigkeit oder Unfall dürfen nicht unterschätzt werden.

Kurz und gut: Es ist richtig, dass der Bundesrat die Chancen der Digitalisierung hervorhebt. Was aber noch fehlt, ist eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Schattenseiten des digitalen Wandels. Immerhin, auf November 2017 ist eine Studie angekündigt, die sich der Fragen der Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt annehmen wird und dabei auch Aspekte der Sozialversicherung vertieft beleuchten will. Das ist spät, aber nicht zu spät. Den sozialen Fragen ist im angekündigten Bericht mehr Beachtung zu schenken. Auch ist erforderlich, dass der Bundesrat konkrete Massnahmen vorschlägt, wie gegen Beschäftigungsformen vorzugehen ist, die gegen geltendes Recht verstossen.

—
Kurt Pärli ist Professor für soziales Privatrecht an der Universität Basel.